



KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN
CONFERENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX
CONFERENZA DEI GOVERNI CANTONALI
CONFERENZA DA LAS REGENZAS CHANTUNALAS

An die Medien

Beitrag zur Verringerung der Ungleichheiten und zur Stabilisierung Kantonsregierungen unterstützen das Osthilfegesetz

Das Osthilfegesetz, das am 26. November 2006 zur Abstimmung kommt, wird von den Kantonsregierungen einstimmig unterstützt. Dieses Bundesgesetz ermöglicht der Schweiz, ihren Beitrag zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU zu leisten und die Stabilisierung auf dem europäischen Kontinent und in Zentralasien im bisherigen Sinn fortzuführen. Zudem konsolidiert die Schweiz mit diesem Gesetz ihre Beziehungen zur EU.

Im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 26. November 2006 haben sich die Kantonsregierungen anlässlich der heutigen Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) mit dem Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas (Osthilfegesetz) befasst. Sie stellten dabei fest, dass eine Ablehnung des Osthilfegesetzes sowohl der bisherigen klassischen „Osthilfe“ der Schweiz wie auch den in Aussicht gestellten Beiträgen der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU die Rechtsgrundlage entziehen würde. Ein solches Signal wäre aus Sicht der Kantonsregierungen den Interessen unseres Landes in Europa nicht dienlich und kontraproduktiv. Das Osthilfegesetz ermöglicht der Schweiz insbesondere auch, die ehemals kommunistischen Länder Osteuropas und der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) bei deren Übergang zu Demokratie und sozialer Marktwirtschaft weiterhin zu unterstützen.

Die Kantonsregierungen haben sich aus diesen Gründen einstimmig für die öffentliche Unterstützung des Osthilfegesetzes ausgesprochen und eine entsprechende Stellungnahme verabschiedet (siehe Beilage).

Bern, 29. September 2006

Weitere Auskünfte erteilen:

- Regierungsrat Lorenz Bösch, Präsident KdK (Tel. 079 426 54 19)
- Regierungsrat Markus Notter, Präsident Europakommission KdK (Tel. 043 259 25 02)
- Canisius Braun, Sekretär KdK (Tel. 079 456 92 92 oder 031 320 30 00)